



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

Freistaat21 – Bürgerdemokratie in Bayern stärken! – I hier: Herausforderungen und Forderungen der politischen Bildung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Gesamtkonzept zur Demokratiebildung vorzulegen, in dem vorhandene Initiativen gebündelt und zusätzliche, neue Maßnahmen ergriffen werden.

Demokratie ist Grundlage eines guten Miteinanders in Staat und Gesellschaft. Die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen, u. U. gegen eigene Interessen, der Schutz von Minderheiten und das Vertrauen in den Grundrechtsstaat erfordern das Verstehen und das Wissen um demokratische Grundlagen. Hierzu gehört entscheidend politische Bildung in weitem Sinne. Gleichzeitig wird dieses Demokratieverständnis zunehmend brüchig. Falsche Alternativen inszenieren sich und greifen Minderheiten, Meinungs- und Pressefreiheit an. Sprache verroht, Hass und Angst wachsen und demokratische Leitlinien verschieben sich.

Eine grundständige politische Bildung in Kindheit und Jugend und die Gewährleistung des Rechts auf eine lebenslange politische Weiterbildung für alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind existenziell für den demokratischen Rechtsstaat, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

In einem Gesamtkonzept sind insbesondere folgende Maßnahmen aufzunehmen:

1. Bildung eines „Forums Demokratie“ in Verantwortung von staatlichen Vertretern und Nicht-Regierungsorganisationen:

Ziel ist Vernetzung und Austausch von jugend-demokratischen Themen und Akteuren in Bayern. Diese müssen in den europäischen Kontext hineinwirken und pädagogische Begleitung ebenso wie Instrumente der sozialen Netzwerke beinhalten. Hierbei ist Wissensvermittlung zu den Prozessen inner- und außerparlamentarischer Meinungsbildung und demokratischer Entscheidungsprozesse besonders zu berücksichtigen.

2. Demokratieerziehung an allen Schularten als Übungsfelder demokratischen Verhaltens ausweiten:

Hierbei ist neben der Vermittlung von Wissenszugängen zu demokratischen Grundlagen und Entwicklungen vor allem die praktische Einübung in demokratische Prozesse und Strukturen in Schule und Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen einzubeziehen. Dies betrifft vor allem die verstärkte Einbeziehung bei demokratischen Prozessen, wie z. B. bei Klassen- und Schülersprecherwahlen und beim Schulparlament, sowie die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler bei allen das Schulleben betreffenden Themen.

3. Aufbau eines transdisziplinären Zentrums für Demokratieentwicklung in der universitären Bildung:
Die aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen werfen neue Fragen auf. Neben Grundlagenforschung und der Arbeit an einzelnen aktuellen gesellschaftspolitischen Themen sind Fragen der Demokratieentwicklung (Demokratie als Geisteshaltung) mit aktuell-praktischen Bezügen zu neu entstehenden Bewegungen vor Ort (Demokratie im Alltag) wissenschaftlich zu bearbeiten. Das fachübergreifende Zentrum soll neben politischen und gesellschaftswissenschaftlichen Perspektiven verstärkt auch neue Kommunikationsformen berücksichtigen.
4. Aufbau eines Modularsystems zur verpflichtenden Demokratieschulung in allen Bereichen der staatlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung:
Alltagskompetenzen sowohl beim Umgang mit Rassismus und antidemokratischen Tendenzen als auch mit Rede- und Meinungsfreiheit sind für alle Bürgerinnen und Bürger Grundlage des Zusammenhalts. Sie müssen in allen Arbeitsbereichen unserer Gesellschaft vermittelt werden. Dies beinhaltet die Sensibilisierung bei der Anwendung demokratischer Regeln und die demokratiebildende Gestaltung der Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse, insbesondere für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter staatlicher Einrichtungen. Ziel muss auch eine Demokratie-Governance als interne Richtschnur für alle Behörden des Freistaates und seiner Kommunen sein.
5. Allgemeine Erwachsenenbildung als Servicestelle für eine starke Demokratie und Bürgerbeteiligung:
Die Bildungseinrichtungen der allgemeinen Erwachsenenbildung, die subsidiär Bildungsleistung für den Staat verantworten, werden mit der Planung und Durchführung des Projekts „Empowered by Democracy“ beauftragt. Menschen und Einrichtungen erhalten hier Informationen und Begleitung für ihre Projekte auf Zeit und stärken die Demokratisierung von Gesellschaft durch Austausch von Bürgerinteressen und Bürgerbewegungen vor Ort.

Begründung:

Das Verständnis und Wissen um Demokratie, das seit der Aufklärung gewachsen ist und die Moderne geprägt hat, bröckelt. Die Ausgrenzungen von einzelnen Personen und Personengruppen, die weniger als andere wert sein sollen, die Vormachtstellung eigener nationaler Interessen vor Solidarität Aller, die fehlende Akzeptanz gegenüber verfassungsmäßig verbürgten Rechten, der Bruch von Regeln des menschlichen Umgangs: All dies greift unsere Gesellschaft an. In all diesen Bereichen verliert Demokratie an Bedeutung, Gesellschaft an Verlässlichkeit und Minderheiten an Schutzräumen.

Hier gilt es gegenzusteuern. Demokratie war nie selbstverständlich, sondern immer auch ein mühsamer Prozess ihrer Anerkennung. Demokratie hat eigene Widerstandskraft, sie ist wehrhaft. Sie beginnt mit der Teilhabe und Teilnahme jedes einzelnen Menschen. Dies ist Ausgangspunkt zur notwendigen Stärkung von Demokratie in Gemeinschaft.

Vorhandene Bildungsangebote in Schule und Universität, in Staat und Zivilgesellschaft leiden unter mangelnder Vernetzung, unter unzureichenden Personal- und Sachmitteln und unter zu geringer Attraktivität, insbesondere für junge Menschen. Die Aufgaben der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, ebenso wie die Arbeit des Bayerischen Jugendrings weisen hier in die richtige Richtung. Ihre Arbeit ist aber dazu mit Vertretern von nichtstaatlichen Vereinen, Verbänden stärker zu vernetzen, um den steigenden Herausforderungen durch antidemokratische Tendenzen entgegenzuwirken. Hierzu müssen auch neue Wege durch mehr Beteiligung nichtstaatlicher Vereinigungen gegangen werden.

Nicht zuletzt aufgrund unserer historischen Erfahrungen in Deutschland wissen wir, dass solche Tendenzen ein demokratisches und rechtsstaatliches Gemeinwesen auch von innen heraus beschädigen und sogar zerstören können. In Zeiten von Angst, Hass

und Angriffen auf einzelne Menschen und Gruppen genügt es nicht mehr, demokratische Werte schlicht zu wiederholen. Es sind die Vernetzung bestehender Angebote, aber auch neue, ganzheitliche Wege erforderlich, um solchen Tendenzen entgegenzutreten. Hier ist ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat – ein Bürgerstaat – in der Pflicht, in kritischen Umbruchzeiten demokratisches Denken und Verhalten neu zu entwickeln. Das geforderte Gesamtkonzept soll Menschen in ihrer Lebenswelt ansprechen, interdisziplinär in modernen Kommunikationsformen und Vernetzung arbeiten und das Wissen um und das Vertrauen in die Demokratie nachhaltig stärken.